

Woher kommt der Aufstieg rechter Protestbewegungen?

Referat von Thomas Lurchi am 8. Februar 2019 im MEZ

Die Fragestellung, die ich gerne mit Euch diskutieren möchte, lautet: Woher kommt der Aufstieg rechter Protestbewegungen? Das ist eine Fragestellung von globaler Reichweite: Aufstiege rechter Protestbewegungen lassen sich in ganz Europa und darüber hinaus diskutieren. Oftmals wird auch der Aufstieg Donald Trumps darin eingeordnet.

Ich möchte das Thema aber auf unseren nationalen Rahmen eingrenzen, also den Aufstieg entsprechender Bewegungen in Deutschland fokussieren, wie wir ihn in den letzten, gut fünf Jahren beobachten konnten: von den Anfängen der PEGIDA-Bewegung, über den parlamentarischen Siegeszug der AfD, bis hin zu den Ereignissen im Sommer letzten Jahres, die z.B. in Chemnitz für viel Aufsehen auch bundesweit gesorgt haben.

Mir geht es also um den Aufstieg rechter Protestbewegungen in Deutschland und ich möchte mit Euch gemeinsam diskutieren,

- was die Ursachen für diesen Aufstieg sind,
- wie diese Protestbewegungen richtig zu charakterisieren und in den Klassenkampf in Deutschland einzuordnen sind,
- und welche praktisch-politischen Schlussfolgerung daraus für eine antifaschistische Strategie zu ziehen sind.

Zu diesen Fragen habe ich einige Thesen vorbereitet, die ich versuchen werde in den folgenden knapp 40 Minuten zu erläutern.

Danach möchte ich diese Thesen gerne mit Euch diskutieren und hoffe, dass wir so am Ende alle etwas schlauer nachhause gehen, als wir gekommen sind.

1 Rassismus als Ursache?

Beginnen möchte ich mit einem Erklärungsansatz, der gegenwärtig weit verbreitet ist: Hier wird davon ausgegangen, dass die sog. Flüchtlingskrise und ihre Polarisierung in der öffentlichen Diskussion zu einem Anstieg rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung geführt hätte, der im Aufstieg rechter Protestbewegungen, wie der PEGIDA und in den Wahlerfolgen der AfD zum Ausdruck kommt.

Exemplarisch dafür steht z.B. das Bündnis "Aufstehen gegen Rassismus".

Unterstützung erhält dieser Erklärungsansatz auch durch wissenschaftliche Studien, wie z.B. die DIW-Studie "AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich".

Die Studie versucht auf der Grundlage statistischer Daten zu beweisen, dass eine Sympathie für die AfD nicht aus Gründen einer benachteiligten wirtschaftlichen Lage entsteht, sondern schlicht und einfach aus feindlichen Einstellungen gegenüber Ausländern.

Ich halte diese Argumentation für problematisch. Zum einen erklärt sie nichts. Dass die AfD sich rassistischer Ressentiments bedient, ist offensichtlich. Daher verwundert es nicht, dass sich Menschen durch die AfD angesprochen fühlen, die offen für diese Ressentiments sind. Als ein Ergebnis wissenschaftlicher Forschung ist diese Erkenntnis bestenfalls banal. Man könnte auch sagen, die Argumentation ist ein tautologischer Zirkelschluss.

Zum anderen halte ich für problematisch, dass diese Studie, den offensichtlich sozialen Protestcharakter und die Unzufriedenheit, die in der Unterstützung einer rechtspopulistischen Partei wie der AfD zum Ausdruck kommt, ignoriert.

So zeigen die Daten in der Studie nämlich auch, dass AfD-Unterstützer “weniger zufrieden mit der Demokratie” in unserem Land sind und dass sie sich “mehr Sorgen um die eigene und allgemeine wirtschaftliche Lage” sowie um Kriminalität und den sozialen Zusammenhalt machen.

Weil die Befragten, diese Unzufriedenheit aber in einen Zusammenhang mit der Zuwanderungspolitik stellen, werden sie als ausländerfeindlich diffamiert. Als ausländerfeindlich gilt in dieser Studie nämlich, wer (Zitat) “negative Konsequenzen durch Flüchtlinge und Zuwanderung fürchte[t]”.

Das ist mein dritter Kritikpunkt. Diese Definition ist wichtig. Sie zeigt nämlich auch, dass wir es hier nicht etwa mit geschlossen-rassistischen Weltbildern zu tun haben;

sondern lediglich mit einem Einstellungsmuster, das sich durch die Sorge auszeichnet, dass die gegenwärtige Zuwanderung negative Konsequenzen haben könnte. Und diese Sorge gilt dann als “ausländerfeindlich”.

Auf die Idee, dass in dieser Sorge zunächst einmal ein Vertrauensverlust gegenüber der Politik bzw. der Regierung zum Ausdruck kommt, ist man hier scheinbar nicht gekommen.

Zusammengefasst heißt das: Diese Studie erklärt nichts. Und schon gar nicht, woher die vermeintlichen rassistischen Einstellungen der AfD-Unterstützer kommen.

Im Gegenteil wird die Unzufriedenheit dieser Menschen mit dem Zustand der Demokratie in unserem Land, werden berechtigte Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Perspektivängste als ausländerfeindlich diffamiert.

Damit wird nicht zuletzt auch der politische Protest, der hier zum Ausdruck kommt, depolitisiert, indem er nicht auf die politischen und sozialen Verhältnisse in unserem Land zurückgeführt wird, sondern auf problematische persönliche Einstellungsmuster reduziert wird.

Das ist so ziemlich das Schlimmste, was politische Wissenschaft machen kann. Und das Gegenteil einer an der Tradition der Aufklärung und des Humanismus geschulten Sozialwissenschaft: Statt benachteiligten und unterdrückten Menschen eine Stimme zu verleihen, wird ihnen ihre Stimme hier sogar noch genommen, indem ihr Protest gegen die herrschenden Zustände, ihre Sorgen und ihre Unzufriedenheit als illegitim dargestellt und diffamiert werden.

2 Fallbeispiel Frank B. – Warum wählt so einer die AfD?

Um zu verstehen, warum sich Menschen rechten Protestbewegungen anschließen oder die AfD unterstützen, ist es vielleicht sinnvoll, sich nicht nur Daten über Einstellungs- und Meinungsmuster anzuschauen, sondern auch die wirklichen Menschen selbst. Ich möchte das im folgenden gerne anhand eines konkreten Fallbeispiels tun:

Frank B. ist in der DDR aufgewachsen. Er ging noch in die Schule als die Mauer fiel. Heute lebt er mit seiner Frau und seinem 13jährigen Sohn in einem kleinen Häuschen in Ost-Berlin.

Er arbeitet als IT-Projektleiter in einem großen Unternehmen, das vor einigen Jahren von einem ausländischen Konzern übernommen wurde. Im Zuge der Übernahme kam es zu Umstrukturierungen und Personalabbau.

Herr B. war davon zwar nicht persönlich betroffen, doch sie haben ihm das Gefühl einer neuen Unsicherheit vermittelt, die er vorher lange nicht gekannt hat.

Bei seinen Kolleginnen und Kollegen ist Hr. B. sehr beliebt. Er gilt als ein guter Chef, der

sich für die Belange seiner Mitarbeiter einsetzt. Übrigens auch für die der ausländischen Kollegen.

Und: Frank B. gilt als ein kritischer Kopf. An der DDR fand er vieles nicht richtig, aber er verteuftelt sie nicht und hat zumindest Zweifel daran, ob der Kapitalismus wirklich das bessere System ist.

Er und seine Frau haben lange Zeit die Linkspartei gewählt und sich in ihrem Viertel politisch engagiert, z.B. im Zuge einer Bürgerinitiative zum Erhalt des einzigen Schwimmbads in der Umgebung. Dass dieses letztlich von einem rot-roten Senat geschlossen wurde, hat beide sehr enttäuscht.

Bei der letzten Bundestagswahl haben sie beide AfD gewählt.

Vor etwa einem halben Jahr hat nun auch Herr. B. seinen Job verloren. Er wurde abgefunden, weil er bei der neuen Konzernleitung in Ungnade gefallen ist.

Er ist jetzt Mitte Vierzig und schreibt seit Wochen Bewerbungen - bislang ohne Erfolg. Da seine Frau berufstätig ist (als Verwaltungsangestellte), bekommt er noch nicht mal Hartz 4 (denn: Sie bilden eine Bedarfsgemeinschaft).

Frank B. sorgt sich um die Zukunft seiner Familie und darum, ob sie bald ihr Haus verlieren.

Was glauben Sie, welcher Partei Herr B. bei den nächsten Wahlen seine Stimme geben wird?

Ich muss zugeben, ich weiß nicht, ob Herr B. im Zuge der "Flüchtlingswelle" ausländerfeindlich geworden ist. In seiner Nachbarschaft ist er zumindest nicht gerade als Rassist bekannt.

Ich glaube aber, dass man an seinem Fallbeispiel eine Menge darüber lernen kann, was die gesellschaftlichen Ursachen für die Zunahme rechten Protests und für die Wahlerfolge der AfD sind.

Diese Lektionen möchte ich im folgenden gerne anhand einiger Thesen zur Diskussion stellen.

3 Hauptgefahr: Offensive des Monopolkapitals

Meine erste These lautet: Die Ursache für den Aufstieg rechter Protestbewegungen ist die seit Jahren anhaltende Offensive des Monopolkapitals.

Diese These mag - noch dazu in diesem Kreis hier im MEZ - nicht besonders überraschen. Kaum ein Linker würde spontan widersprechen.

Meine persönliche Erfahrung in verschiedenen Diskussionen mit Genossen und anderen linken Menschen in meinem Umfeld ist aber, dass diese These in der Praxis kontroverser ist, als sie vllt. zunächst erscheinen mag. Bei vielen linken Zeitgenossen gilt nach wie vor ein zunehmender Rassismus als die Ursache des Problems.

Dabei wird z.B. oft auf Studien verwiesen, die etwa seit den 80er Jahren ein rassistisches Wählerpotenzial messen, das kontinuierlich bei ca. 15 Prozent liegt. D.h. hier werden wieder die Menschen selbst bzw. ihre vermeintlich rassistischen Einstellungsmuster zur Ursache erklärt.

Ein zweites Problem besteht darin, dass in der konkreten Praxis vieler Antifaschisten oft ein Widerspruch zur eigenen Theorie besteht, der nicht reflektiert wird.

So ist jedem klar, dass "hinter dem Faschismus das Kapital" steht, oder dass Rassismus nur eine spezielle Form der Austragung strukturell erzeugter Konkurrenz im Kapitalismus ist.

Doch diese Erkenntnisse bleiben leider viel zu oft theoretisch abstrakt und spielen dann

in der konkreten Praxis keine Rolle mehr.

Sowohl beim Bündnis “Aufstehen gegen Rassismus”, als auch in vielen anderen lokalen “Bunt statt Braun”-Bündnissen, oder wie zuletzt bei den Massenaktionen #WirSindMehr und #unteilbar wird derzeit der Fokus oft auf den Kampf um eine “antirassistische Hegemonie” gelegt.

Damit werden aber faktisch vermeintliche Rassisten zum Hauptgegner in der antifaschistischen Praxis gemacht.

Auch verzweifelte Bezugnahmen auf Dimitroff und der Notwendigkeit breiter Bündnisse im Sinne einer Einheitsfront können dann nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass hier in der Ursachenanalyse offensichtlich etwas falsch gelaufen ist.

Ich finde, dass hingegen gerade das eben vorgestellte Beispiel von Frank B. gut veranschaulicht, welches Leid aus der Offensive des Monopolkapitals für die erwerbstätigen Menschen entsteht:

Vor dem Hintergrund der radikalen Durchsetzung der Profitinteressen im Zuge der neuen Möglichkeiten der Globalisierung und Digitalisierung sind sie in der Arbeitswelt mit einer neuen sozialen Unsicherheit konfrontiert - bis hin zum Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Der jahrelange Sozialabbau im Zuge der Agenda 2010-Politik hat den Menschen jede Sicherheit genommen und die soziale “Fallhöhe” massiv erhöht - auch für Gutverdiener und sog. “Leistungsträger” aus der lohnabhängigen Mittelschicht.

Und nicht zuletzt die “Schuldenbremse” bzw. das systematische Kaputtsparen der Kommunen, treibt nicht nur die Privatisierung öffentlicher Güter, sondern auch die Schließung öffentlicher Einrichtungen voran, sodass die Familien vielerorts nicht mal mehr Schwimmen gehen können, ohne lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen zu müssen.

Dieses Leid, das aus der Offensive des Monopolkapitals resultiert, führt zu Perspektivängsten und zu einer Unzufriedenheit mit der politischen Demokratie in unserem Land.

Im Ergebnis ist es m.E. nur verständlich, dass die Menschen nach politischen Alternativen suchen, um dieses Leid zu überwinden.

Warum es nicht selbstverständlich ist, eine solche politische Alternative etwa in der Linkspartei zu suchen, wird ebenfalls am Beispiel von Frank B. deutlich:

Aufgrund ihrer Beteiligung an einer sozialreaktionären Politik gegen die Interessen der arbeitenden Menschen, besteht hier keinerlei Vertrauen mehr. Frank B. fühlt sich hier von der Linkspartei verraten.

4 Dialektik des Klassenkampfes

Wenn ich gerade bereits angedeutet habe, dass es das erfahrene Leid ist, das die Menschen nach politischen Alternativen zu den etablierten Parteien suchen lässt, dann stellt sich daran anschließend die Frage: Was bedeutet das für die Bestimmung des Charakters rechter Protestbewegungen?

Daran knüpft meine zweite These an, die ich zur Diskussion stellen möchte. Sie lautet: Im Aufstieg rechter Protestbewegungen kommt eine Rebellion der Arbeiterklasse gegen die Offensive des Monopolkapitals zum Ausdruck.

Ich möchte diese These kurz erläutern und mich verständlich machen:

Ich meine, dass sich im Zuspruch zur AfD, aber auch zu den rechten Protestbewegungen auf

der Straße, wie wir sie zunächst bei der PEGIDA oder zuletzt in Chemnitz oder Köthen beobachten konnten, der Unmut über die Folgen der Offensive des Monopolkapitals, über die soziale Verunsicherung und die permanente Erfahrung von Benachteiligung und Verletztheit großer Teile der Arbeiterklasse und der nicht-monopolistischen Schichten artikuliert.

Diese Artikulation stellt eine Form der Rebellion gegen jene etablierten Parteien, Strukturen und Akteure, aber auch gegen herrschende Wertorientierungen und gesellschaftliche Normen da, die diese Benachteiligungen und Verletzungen zumindest nicht verhindert, wenn nicht sogar ermöglicht haben.

Die Rebellion ist insofern eine Reaktion, die aus der Erfahrung resultiert, verraten worden zu sein und stellt für sich genommen selbst eine Form des Klassenkampfes dar, die der schlichten, aber objektiv richtigen Logik “Wir hier unten gegen die da oben” folgt. [vgl. für Frankreich: Eribon]

Das Ziel dieser Rebellion ist es, laut zu sein, um wahrgenommen zu werden und sich als ein handelndes Subjekt sichtbar zu machen.

Sie stellt also auch einen Versuch dar, die erfahrene Ohnmacht gegenüber der Offensive des Monopolkapitals zu überwinden, in dem man es “denen da oben” mal “so richtig zeigt” und ihnen “eins auswischt”.

Es ist daher auch kein Zufall, dass diese Form der Rebellion vor allem im Osten dieses Landes besonders stark vertreten ist. Nicht zuletzt deswegen hat z.B. die Journalistin Jana Hensel Pegida, AfD und Co. einmal als eine “ostdeutsche Emanzipationsbewegung” charakterisiert.

Um das zu verstehen, muss man zunächst einmal anerkennen, dass die erlebten Verletzungen, Beleidigungen und Benachteiligungen im Osten Deutschlands eine besondere Qualität haben:

Die Erfahrung gebrochener Erwerbsbiografien im persönlichen und familiären Umfeld der Menschen ist hier noch viel stärker ausgeprägt als im Westen.

Dazu kommt ein spezielles Unterdrückungsempfinden, gegenüber “den Wessis” nur mehr “Bürger 2. Klasse” zu sein, dass heißt “die da oben”; sind hier ein Stück weit auch immer “die im Westen”.

Nicht unterschätzen darf man m.E. auch die spezifische Beleidigung, die aus der seit Jahrzehnten geführten öffentlichen Debatte um den “Unrechtsstaat DDR” resultiert und die die Menschen (bzw. ihre Eltern und Großeltern), die in diesem angeblichen Unrechtsstaat gelebt, geliebt und sich eine Existenz aufgebaut haben, auf eine Stufe stellt mit den rückgratlosen Mitläufern des Hitlerfaschismus.

Das ist für ein Volk, das mit einem antifaschistischen Selbstverständnis in einem Staat aufgewachsen ist, der von sich in Anspruch nimmt, sich auf der Grundlage der Lehren aus der Geschichte des Hitlerfaschismus heraus gegründet zu haben, eine sehr starke Unverschämtheit und Beleidigung.

Vor diesem Hintergrund gehört nicht viel Fantasie dazu, um zu verstehen, dass die Debatte um die Integration von Flüchtlingen für viele Ostdeutsche einen zynischen Beigeschmack hat: Sie selbst empfinden sich oft als “Heimatlose”, denen ihre Existenzgrundlage genommen wurde. Und sie fühlen sich, selbst nach Jahrzehnten noch nicht integriert. Diese Haltung hat z.B. Petra Köpping mit dem Titel ihres Buches “Integriert doch erstmal uns” sehr anschaulich auf den Punkt gebracht.

Und gerade weil sich dieser Teil der Gesellschaft nicht integriert fühlt, versucht er mit allen Mitteln auf sich aufmerksam zu machen und die da oben aufzuschrecken. Dazu gehört auch alles, was sich scheinbar „nicht gehört“, also was im Allgemeinen als Unanständig gilt, wie z.B. Unangepasstheit, politisch unkorrekte Äußerungen und ja, auch gewisse rassistische Ressentiments. Vor diesem Hintergrund, glaube ich, dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass in der Zustimmung zur AfD und den rechten Protestbewegungen auf der Straße und auch in der Zustimmung zum Rassismus eine gewisse Systemkritik und eine Rebellion gegen die sozialen Verwerfungen des westdeutschen Kapitalismus zum Ausdruck kommt.

Hier kommt eine gewisse Dialektik im Klassenkampf bzw. im Befreiungskampf der Arbeiterklasse zum Ausdruck, der wir uns stellen müssen.

5 Kampf um Handlungsfähigkeit

Was bedeutet es nun, sich dieser Dialektik zu stellen und sie ernst zu nehmen?

Es bedeutet zunächst einmal, diese Rebellion der Arbeiterklasse nicht auf eine reine Symbolpolitik zu reduzieren. Nach dem Motto: “die wollen nur provozieren”.

Provokation - im Sinne einer trotzig, verzweifelten, aber immer noch zielgerichteten Rebellion - spielt sicherlich eine Rolle. Ist aber nur eine Dimension.

Eine andere Dimension - und m.E. die entscheidende - ist die konkrete Handlungsalternative, die rechte Protestbewegungen und Parteien wie die AfD als Antwort auf die Folgen der Offensive des Monopolkapitals formulieren.

Daher lautet meine dritte These: Rechte Protestbewegungen stellen eine spezifische Strategievариante zur Verteidigung bzw. Wiederherstellung von Handlungsfähigkeit dar.

Damit ist gemeint, dass der Aufstieg rechter Protestbewegungen darauf basiert, dass ihr Politikangebot von großen Teilen der Arbeiterklasse und der nicht-monopolistischen Schichten als eine funktionale Option zur Überwindung ihrer erfahrenen Ohnmacht entschlüsselt wird.

Diese Option lässt sich beschreiben, als der “Versuch, Krisen und Mangelsituationen dadurch zu überwinden, dass man bestimmte Gruppen von Menschen aus dem Kreis der Empfangsberechtigten ausschließt” (Osterkamp).

Und hier ist auch der Platz, den ich dem Thema Rassismus bzw. besser Chauvinismus in der Debatte um den Aufstieg rechter Protestbewegungen einräumen würde:

Der Zusammenhang zwischen Rassismus und rechten Protestbewegungen besteht nicht darin, dass die Zunahme rassistischer Einstellungen die Ursache für den Aufstieg rechter Protestbewegungen ist, sondern er besteht - umgekehrt - darin, dass rechte Protestbewegungen auf der Grundlage von rassistischen und chauvinistischen Ausgrenzungen ein Angebot zur Kompensation der Folgen der Offensive des Monopolkapitals formulieren können.

Das heißt, der materielle Kern des Aufstiegs rechter Protestbewegungen besteht in einem konkreten Handlungsangebot zur Überwindung jener Krisen- und Mangelsituation, in die große Teile der Arbeiterklasse und der nicht-monopolistischen Schichten durch die Offensive des Monopolkapitals gedrängt wurden.

6 Hilflöser Antifaschismus

Vor diesem Hintergrund möchte ich die Frage stellen, ob breite antirassistische Bündnisse und Massenaktionen wie #WirSindMehr und #unteilbar die richtige Antwort auf den Aufstieg rechter Protestbewegungen geben.

Ich glaube es nämlich nicht. Warum?

Zwei Antworten auf diese Frage habe ich im Grunde genommen bisher schon entwickelt:

Die erste betrifft eine falsche Ursachenanalyse. Diese Bewegungen erachten vermeintlich rassistische Einstellungsmuster als die Ursache des Problems und ignorieren dabei den sozialen Protestcharakter des Phänomens.

Zweitens. Daraus folgt eine falsche Gegnerbestimmung im Klassenkampf. Statt dem Monopolkapital und ihren Vertretern im politischen System, werden die Opfer der Offensive des Monopolkapitals als Rassisten diffamiert und zum eigentlichen Gegner erklärt.

Diese falsche Gegnerbestimmung ist übrigens eine interessante Gemeinsamkeit mit genau jenen rechten Protestbewegungen, gegen die sich diese antirassistischen Bewegungen richten: Beide lenken so vom eigentlichen Hauptgegner, dem Monopolkapital ab und bieten jeweils Opfer der Offensive des Monopolkapitals als Sündenböcke an: Hier die Flüchtlinge und da die unanständigen Rassisten.

Aus diesen beiden Momenten folgt, drittens, eine falsche Strategie.

Diese besteht in dem Bestreben, um eine antirassistische Hegemonie in der Gesellschaft zu ringen.

Dabei soll durch kraftvolle Manifestationen eines “Aufstands der Anständigen” ein gesellschaftliches Klima erzeugt werden, das unangepasste Äußerungen – z.B. gegen Flüchtlinge, aber auch gegen die Zuwanderungspolitik der Regierung überhaupt – tabuisiert und die entsprechenden Subjekte ausgrenzt.

Diese Strategie hat verheerende Folgen, denn:

Sie bestätigt und bestärkt die Unterstützer rechter Protestbewegungen in ihrem Gefühl, sozial ausgegrenzt und nicht als gleichwertiger Bürger anerkannt zu sein.

Insbesondere der Slogan “Wir sind mehr” bringt dies in frappierender Klarheit zum Ausdruck: Der soziale Protest der Menschen gegen die Folgen der Offensive des Monopolkapitals wird nicht nur als rassistisch diffamiert.

Es wird gleichzeitig noch eine klare Kampfansage gemacht. Sie lautet: Weil wir mehr sind, werden wir euch auch weiterhin unterdrücken können.

Zweitens. Diese Strategie führt zu einer verheerenden Frontstellung im Klassenkampf: Statt die Arbeiterklasse und alle nicht-monopolistischen Schichten im gemeinsamen Kampf gegen die Offensive des Monopolkapitals zu sammeln und gegen die Regierung in Stellung zu bringen, wird die Klasse gespalten – in die bösen Rassisten und die guten Antirassisten, die dann zu allem Überfluss auch noch mit der Regierung gemeinsame Sache machen.

Die antirassistische Bewegung macht sich so zu einem “verlängerten Arm der Polizei”: Sie sorgt für Ruhe und Ordnung “von unten”, indem sie Massen mobilisiert, die nicht etwa gegen die sozialreaktionäre Politik der Regierung auf die Straße gehen, sondern gegen eine Protestbewegung, die sich gegen die Folgen dieser Politik richtet.

Ich bezeichne diese Gegenwehr deswegen als einen “hilflosen Antifaschismus” (W.F. Haug), weil er mit seiner Orientierung auf den ideologischen Kampf um eine “antirassistische Hegemonie” den materiellen Kern rechter Protestbewegungen vollkommen verkennt.

Er verklärt diese zu einem rein ideologischen Problem zunehmender rassistischer Einstellungen in der Gesellschaft und er versäumt es deswegen, ein alternatives

Handlungsangebot zur Überwindung der Offensive des Monopolkapitals zu unterbreiten, um der rechten Protestbewegung das Wasser abzugraben.

Hilfloser Antifaschismus : Betriebliches Fallbeispiel

Ich hatte Ihnen eingangs das Fallbeispiel von Frank B. vorgestellt. Sie können ja einmal selbst überlegen, wohin er sich - angesichts der antirassistischen Protestbewegungen - das nächste Mal wenden wird, wenn er wieder das Gefühl hat, dass er etwas gegen die herrschenden Zustände in unserem Land unternehmen muss.

Wird er sich im Bündnis mit gut meinenden Antirassisten wie Merkel, Campino von den Toten Hosen und Außenminister Heiko Maas richtig aufgehoben fühlen? Ich glaube nicht.

Um Ihnen einmal einen Eindruck davon zu geben, wie diese antirassistische Strategie auf die Menschen selbst wirkt, habe ich Ihnen zum Abschluss meines Vortrags ein weiteres Fallbeispiel – diesmal aus der Arbeitswelt – mitgebracht.

Ich habe es einer arbeitssoziologischen Studie zu rassistischen und rechtsextremen Einstellungen von Arbeitern entnommen, die von Kollegen aus Jena durchgeführt wurde (Brinkmann et al. 2006).

Es handelt sich bei dem Fallbeispiel aus der betrieblichen Praxis um einen deutschen Standort eines Automobilkonzerns.

Dieser Standort zeichnet sich durch massive Konflikte in der Belegschaft aus, die stark durch rassistische Ressentiments geprägt sind.

Konkret geht es um Auseinandersetzungen zwischen deutschen Leiharbeitern auf der einen und ausländischen Festangestellten auf der anderen Seite.

Die deutschen Leiharbeiter machen ihre ausländischen festangestellten Kollegen für ihre eigene prekäre Situation verantwortlich. Man könnte auch sagen: für ihre eingeschränkte Handlungsfähigkeit, durch eine unsichere Anstellung.

Das Unternehmen ist Teil eines international aufgestellten Konzerns. Ausländerfeindlichkeit gilt hier als “geschäftsschädigend” und wird von der Geschäftsführung entsprechend sanktioniert.

Zu diesen Sanktionen gehören z.B. auch Kündigungen wegen Störung des Betriebsfriedens durch Rassismus, die auch vom Betriebsrat unterstützt werden.

Die Studie hat untersucht, zu welchen Folgen diese gemeinsame antirassistische Strategie von GF und BR führt. Ich werde die wesentlichen Ergebnisse kurz zusammenfassen:

An den rassistischen Ressentiments der deutschen Kolleginnen und Kollegen hat sich erstmal nichts geändert.

Sie werden zwar nicht mehr offen in der Betriebsöffentlichkeit geäußert, aber die Wandschmierereien auf den Toiletten zeugen davon, was die Kollegen wirklich denken.

In den Interviews, die die Wissenschaftler der Studie mit den deutschen Leiharbeitern führen, wird sehr schnell deutlich, dass sie sich in ihrer Meinung und Einstellung (Zitat) “auf jeden Fall unterdrückt” fühlen.

Die Sanktionen und die Drohung mit Kündigungen werden als (Zitat) “eine Einschränkung der Meinungsfreiheit” wahrgenommen.

Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen würden hingegen in ihrer Wahrnehmung von dem Betriebsrat (Zitat) “auf jeden Fall besser geschützt”.

Infolgedessen verstehen die deutschen Leiharbeiter die heimliche Verbreitung ihrer fremdenfeindlichen Äußerungen - unter vier Augen oder als Schmiererei auf der Toilette - als einen (Zitat) "subversiven Akt", der sich nicht nur gegen die (Zitat) "arroganten Ausländer" richtet, sondern vor allem auch gegen "die da oben". Wobei zu denen da oben, neben der Geschäftsführung, nun auch der Betriebsrat gezählt wird, weil dieser das harte Regime der Sanktionen aktiv unterstützt.

Die antirassistische Strategie, die BR und GF hier gewählt haben, ist im Grunde nichts anderes, als die betriebliche Widerspiegelung jener Strategie, die auch der hilflose Antifaschismus solcher Bewegungen wie #WirSindMehr, #unteilbar und co auf der Ebene der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit verfolgt, um den für das dt. Monopolkapital „geschäftsschädigenden“ Rassismus rechter Protestbewegungen zu einzudämmen.

Das Fallbeispiel verdeutlicht dabei m.E. sehr anschaulich die verheerenden Konsequenzen, die sich aus dieser Strategie ergeben:

Weil die Kolleginnen und Kollegen ihren Unmut über ihre Benachteiligung als Leiharbeiter nun - aufgrund der repressiven "antirassistischen Hegemonie" im Betrieb - nicht mehr offen äußern können, gibt es für klassenkämpferische Kräfte im Betrieb keine Möglichkeit mehr, an diesem Unmut anzuknüpfen und über die wahren Ursachen und Schuldigen aufzuklären.

Infolgedessen werden die benachteiligten Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Unmut und der Unzufriedenheit über ihre Situation als Leiharbeiter in die Arme rechter Protestbewegungen getrieben. Im diesem Fall vermutlich in die der AfD-nahen Gewerkschaftsbewegung "Zentrum Automobil".

7 Schlussfolgerungen

Damit komme ich zum Schluss und möchte jetzt nur noch kurz in die Diskussion überleiten:

Was ich mit meinem Referat im veranschaulichen wollte ist folgendes:

Wenn fortschrittliche Kräfte, wie Gewerkschaften, Betriebsräte, aber auch Linke und andere Antifaschisten, den eigentlichen Kern rechter Protestbewegungen verkennen

(also den materiellen Kampf um Handlungsfähigkeit)...

und wenn sie sich stattdessen in rein ideologische Auseinandersetzungen mit noch dazu repressivem Charakter begeben,

dann laufen sie Gefahr, die eigentliche Frontstellung im Klassenkampf preiszugeben.

Sie machen sich damit zu Unterstützern der Herrschenden und Beteiligen sich an der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der nicht-monopolistischen Schichten.

Dies - und wie stattdessen eine effektive Strategie gegen den Aufstieg rechter Protestbewegungen aussehen kann, darüber möchte ich gerne jetzt mit Euch diskutieren.

Soweit aber schon einmal, ganz herzlichen Dank für eure Geduld und Aufmerksamkeit!